
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 2 (1974)

DOI: 10.11588/fr.1974.0.58131

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

liegen doch die wahren Gründe für das »neutrale« Verhalten des Generals in beiden Staatskrisen auf der Hand, sowohl MEIER-WELCKER wie GUSKE verschweigen sie keineswegs, versuchen nur, sie etwas herabzuspielen. Den Putschisten um Kapp wie später den Putschisten um Hitler und Kahr schloß sich Seeckt nicht an, weil er als kluger Generalstabsoffizier erkannte, daß deren Unternehmungen aussichtslos waren, daß sie nur zu einem Bürgerkrieg führen würden, von dem unter Umständen die auf eine Weiterführung der Revolution bedachten Volksschichten profitieren würden. Nicht die Angst vor einem Bürgerkrieg, sondern die Angst vor einem eventuellen Sieg der Sozialisten und Kommunisten in einem solchen Bürgerkrieg bestimmte sein Handeln. Es stimmt deshalb auch nicht, wenn GUSKE meint, Seeckt habe durch seine »Neutralitätspolitik« die Reichswehr aus den innenpolitischen Frontstellen herausgehalten und so ein Machtinstrument des Staates geschaffen, das allen gesellschaftlichen Gruppen gegenüber neutral war. Es kann sein, daß dies Seeckt vielleicht selbst glaubte. Doch es muß gefragt werden, ob hier eine Darstellung der subjektiven, durch ganz andere Zeitverhältnisse geprägten, Anschauungen des Generals genügt, ob eine solche nicht zu Verzeichnungen führen muß, falls nicht wenigstens ansatzweise der Versuch gemacht wird, die subjektiven Anschauungen eines politisch Handelnden mit den objektiven Gegebenheiten zu konfrontieren. Die sog. Entpolitisierung der Reichswehr hatte doch zur Folge, daß sich die Republik im Ernstfall, d. h. in den Staatskrisen von 1920, 1923 und 1932/33 nicht auf ihr wichtigstes Machtinstrument verlassen konnte. So bedeutete die Entpolitisierung in Wirklichkeit eine Entrepublikanisierung oder besser gesagt, da ja nie der Versuch gemacht wurde, die Armee zu republikanisieren, die Institutionalisierung der Bestrebungen, eine Republikanisierung der Reichswehr zu verhindern.

So ist es etwas bedauerlich, daß Guske durch seinen schwachen und unnötigen letzten Teil die wertvollen kritischen Analysen der ersten drei Hauptteile beeinträchtigt. Doch behalten diese natürlich ihren Wert, sie bilden eine gute Grundlage für eine künftige kritische Biographie Seeckts und sind auch für künftige Arbeiten über das Verhältnis von Reichswehr und Weimarer Republik von großer Bedeutung.

Willy ALBRECHT, Bonn

Bernd Jürgen WENDT, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933–1939*, Düsseldorf (Droste) 1971, 80, 695 S. (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 3)

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über die britische Deutschlandpolitik in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts besteht seit längerer Zeit Einmütigkeit darüber, diese Politik nicht losgelöst von dem wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund zu betrachten, wie es in rein diplomatischen Darstellungen der Fall war. Ohne eine sorgfältige Analyse der wirtschaftlichen Lage Großbritanniens, seiner ökonomischen Interessen und der

Mittel und Wege zu ihrer Durchsetzung bleibt die Gesamtstrategie der britischen Regierung – unter dem zum Schlagwort gewordenen Begriff »Appeasement« zusammengefaßt – unvollständig und unverständlich. Daher darf die mit Spannung erwartete Hamburger Habilitationsschrift von Bernd Jürgen WENDT auf großes Interesse rechnen. Der Verfasser hat sich bereits durch zwei kleinere Studien zur britischen Deutschlandpolitik in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre als Kenner der Materie ausgewiesen¹. Die vorliegende, umfassender konzipierte Arbeit zeichnet sich nicht nur dadurch aus, daß sie die gesamte britische Wirtschaftspolitik gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland bis zum Kriegsausbruch in den Griff zu bekommen versucht, wie es im Untertitel zum Ausdruck kommt, sondern auch dadurch, daß sie die seit Anfang 1968 der Forschung freigegebenen Bestände des Public Record Office in London mitberücksichtigen kann. Die unveröffentlichten Akten des Foreign Office, des Handelsministeriums und des Schatzamtes, die Memoranden des Kabinetts und die Protokolle der Kabinettsitzungen, die WENDT im Literaturverzeichnis aufgeführt hat, zeugen von dem immensen Material, das er für diese Arbeit zu sichten hatte und nun der Forschung zum erstenmal vorstellt².

Der Autor hat sich die Aufgabe gestellt, »die ökonomischen und finanziellen Aspekte der britischen Deutschlandpolitik eingehender zu analysieren und den verallgemeinernden Klischee-Begriff des »Economic Appeasement« auf seinen konkreten historischen Kern hin zu überprüfen« (S. 20). Doch was soll nun genau unter Economic Appeasement verstanden werden?

In seinem 1966 publizierten Bändchen entscheidet sich WENDT für den Titel »Appeasement 1938« und behandelt die Deutschlandpolitik »einmal vorwiegend von der Innenpolitik und der prekären Wirtschaftslage des Landes her«, wie er es in einem einleitenden Kapitel »Zur Methode« ausdrückt³. In der vorliegenden Studie, so darf vermutet werden, bekennt sich der Verfasser wohl auch für den umfassenderen Begriff, denn »»Political« und »Economic Appeasement« waren stets als zwei Aspekte einer einzigen politisch-ökonomischen Gesamtkonzeption unmittelbar aufeinander bezogen« (S. 15). Zu Recht stellt der Verfasser dann fest, daß eine »reinliche Scheidung« nicht möglich sein wird, gibt der Studie dieses Mal allerdings den Titel »Economic Appeasement«. Wenn man sich nun dieser Gesamtkonzeption anschließt, dann erhebt sich sofort die Frage, ob und seit wann es Economic Appeasement auch anderen Staaten, speziell den anderen revisionistischen Mächten gegenüber gegeben hat? Gab es wirtschaftliche Ausgleichsbemühungen – in welchem Ausmaß auch immer – gegenüber Japan und Italien? War Economic Appeasement nur ein Teil der Strategie gegenüber dem revisionistischen Deutschland? Im Text selbst befinden sich genügend Hinweise auf Japan und Italien, meistens in den aufgeführten Memoranden und Reden der Politiker und Industriellen. Die Ausführungen des britischen

¹ B. J. WENDT, München 1938 – England zwischen Hitler und Preußen, Frankfurt 1965 und ders. Appeasement 1938 – Wirtschaftliche Rezession und Mitteleuropa, Frankfurt 1966.

² Lediglich einige Bestände, hauptsächlich des Foreign Office, sind bisher durch einige Studien, Aufsätze und unveröffentlichte Dissertationen bekannt geworden.

³ WENDT (wie Anm. 1), S. 10.

Botschafters in Washington, Lindsay, vom 7. März 1938, die WENDT in der Einleitung zitiert, sprechen deutlich von einem Economic Appeasement gegenüber Deutschland und Italien (S. 15). Doch bereits zu diesem Zeitpunkt (1938) hatte sich eine Unterscheidung des allgemeinen Begriffs Appeasement in ›political‹, ›economic‹ und ›colonial‹ im offiziellen Sprachgebrauch eingebürgert, obwohl die nun separat gefaßten Aspekte mit unterschiedlicher Gewichtigkeit schon länger zur Diskussion standen. Hatte sich damit auch eine quantitativ veränderte Wertung vollzogen? Anders gefragt: in dem Moment als im kolonialen Bereich daran gedacht wurde, Deutschland durch die Rückgabe von Kolonien oder durch Mandatsübertragung in der Rohstoff- und Absatzfrage entgegenzukommen, hatte sich da auch das Ausmaß der wirtschaftlichen Konzessionen durch Überlassung bestimmter Märkte und großzügiger Kreditangebote geändert?

WENDT beginnt seine Einleitung mit einer sorgfältigen und gelungenen Kritik der bisherigen Beiträge zur Appeasement Problematik, um sich wertungsfrei der positiven Formulierung aus den Memoiren S. Hoares anzuschließen, der unter Appeasement die »methodische Beseitigung der hauptsächlichsten Reibungsursachen in der Welt« verstanden wissen wollte (S. 14). Damit waren natürlich – wie WENDT hervorhebt – auch handels- und finanzpolitische Spannungen gemeint. Von dieser allgemeinen Definition leitet WENDT über auf die bereits erwähnten Ausführungen Lindsays in Washington aus dem Jahr 1938, um dann die »Zweischneidigkeit aller wirtschafts- und finanzpolitischen Offerten« (S. 16) unter Berufung auf Eden »in einem nicht genau datierten Vorwort zu einer Deutschland-Studie seines Unterstaatssekretärs Vansittart« zu belegen.

Es stand zu befürchten, durch ein Entgegenkommen das Rüstungspotential der Revisionsmächte zu stärken. Der Autor stützt sich hier auf Edens Memoiren aus dem Jahr 1957. Bei allem Verständnis dafür, daß der Verfasser nicht alle Dokumente des Foreign Office gesehen haben kann, ist es doch unverständlich, ein solch zentrales Dokument, das bereits in der Sekundärliteratur erwähnt wurde und einmal sogar exakt auf den 3. Februar 1936 datiert wird, in der Einleitung zu erwähnen⁴. Dieses Dokument erscheint deshalb von großer Bedeutung, weil darin vermutlich zum erstenmal die Unterscheidung in ›political‹, ›economic‹ und ›colonial‹ Appeasement in der Gesamtkonzeption des Foreign Office und nicht nur der Vertreter der ›Economic Section‹ vorgenommen wird.

⁴ Vgl. I. COLVIN, Vansittart in Office, London 1965, S. 53 ff. und W. N. MEDLICOTT, Britain and Germany: The Search for Agreement 1930–1937, London 1969, S. 21 (3. Februar 1936). Edens Vorwort ist vom 11. Februar und lag dem Kabinett zusammen mit Vansittarts Studie als C. P. 42 (36), CAB 24/260 vor. Hier scheint eine Bemerkung zu der im Literaturverzeichnis aufgeführten neuesten Literatur notwendig zu sein. H. SCHRÖDER, Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933–1939, Wiesbaden 1970 und F. R. GANNON, The British Press and Germany 1936–1939, Oxford 1971 (!) werden mitherangezogen und in einzelnen Anmerkungen zitiert. Bei dem wichtigen Wirtschaftsvertrag der Briten und Amerikaner vom 17. November 1938, der von SCHRÖDER als ein Erfolg der ›economic appeasement‹ Doktrin des amerikanischen Außenministers C. Hull bezeichnet wird (SCHRÖDER, S. 169 u. 184 f.), vermißt man bei WENDT eine eingehende Diskussion, die unbedingt notwendig erscheint. MEDLICOTTS oben erwähntes Bändchen kennt der Verfasser nicht.

Im Anschluß an die Konstatierung der Zweischneidigkeit behauptet WENDT, daß Economic Appeasement »schon viel eher ins Kreuzfeuer der Kritik als die Bereitschaft zu politischen Konzessionen« gekommen sei (S. 16). Als Beleg für eine Kritik vor 1935 – so ist es wohl zu verstehen – führt der Verfasser M. George, M. Gilbert/R. Gott und P. Einzig an. Bei P. Einzigs Rolle wird der Leser auf die Ausführungen D. AIGNERS verwiesen⁵. Ganz dem Anspruch verpflichtet, die gesamte Appeasement Problematik andeutungsweise aufzuzeigen, werden auch die Bollwerkthese, die kapitalistischen Machenschaften und die Klasseninteressen der britischen Elite kurz angesprochen.

Bei der Beschreibung des Forschungsstandes zur Appeasement Diskussion kommt der Verfasser auf die »seit Ende der dreißiger Jahre und im Grunde bis heute . . . ebenso problematische personale Fixierung auf Neville Chamberlain« zu sprechen, um sie mit GILBERT/GOTTS Titel »The Appeasers« von 1963 zu verdeutlichen, ohne jedoch zu erwähnen, daß sich M. GILBERT mit einer zweiten Studie »The Roots of Appeasement« aus dem Jahre 1966 ausdrücklich, wenn auch nicht völlig von seiner früheren Sicht gelöst hat. WENDT korrigiert sich selbst auf der gleichen Seite, indem er feststellt, daß in den letzten Jahren »eine vorurteilslose Interpretation der britischen Deutschlandpolitik« eingeleitet worden ist. Wenn er von jüngeren Historikern spricht, »die die leidenschaftliche Diskussion um Chamberlains Kurs in den dreißiger und vierziger Jahren nicht mehr unmittelbar miterlebt hatten«, so könnte sich der Leser dadurch verleitet fühlen, GILBERT und GOTT der alten Generation der britischen Historiker zuzuordnen.

Noch ein weiterer Gesichtspunkt, den WENDT in seiner Einleitung nicht glaubt außer acht lassen zu dürfen, soll hier angeführt werden. Zwischen den Alternativen Krisenmanagement durch Appeasement, um genügend Spielraum für die innenpolitischen Aufgaben zu gewinnen, und Ablenkung der inneren Probleme durch Aggressivität und Expansion nach außen, wählte die britische Regierung die Appeasement Politik. Die deutsche dagegen den zweiten Weg und damit das, was die jüngste Forschung zum Bismarck-Deutschland als »Sozialimperialismus« umschreiben würde⁶. Auch wenn der Verfasser es nicht für angebracht hält, hier durch eine Anmerkung auf die – noch nicht ausdiskutierte – Problematik hinzuweisen, so überrascht doch das souveräne Hinwegsehen über das in der deutschen Forschung nicht erst in jüngster Zeit in den Mittelpunkt gerückte Programm Hitlers. Dabei kennt der Verfasser die Arbeiten von HILLGRUBER und HILDEBRAND, von JÄCKEL und KUHN ganz zu schweigen⁷. Eine Begründung für die aufgestellte These vermißt der Leser. Die Schwierigkeiten der britischen Politik, die deutschen Ziele zu erkennen, zumal das Auswärtige Amt durch eine »vernünftige« Politik mit der Bereitwilligkeit, auf die Appeasement Politik einzugehen, das eigentliche Programm verschleierte, hätten hier hervorgehoben werden müssen. Die Kernproblematik bestand eben in der unterschiedlichen Perception gänzlich anders gearteter Systeme und begleitete N. Chamberlains Poli-

⁵ D. AIGNER, Das Ringen um England, München und Esslingen 1969.

⁶ H. U. WEHLER, Bismarck und der Imperialismus, Köln, Berlin 1969.

⁷ E. JÄCKEL, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Tübingen 1969 und A. KUHN, Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919–1939, Stuttgart 1970.

tik, der Revision und wirtschaftliche Stärkung Deutschlands als unausweichlich erachtete, die Expansion aber ablehnte. Die Deutschland betreffenden Sätze (S. 27) sind daher insgesamt recht unpräzise und pauschal.

Bei der Erläuterung seines eigenen Ansatzes weist WENDT noch einmal ausdrücklich auf die Interdependenz von »Wirtschaft, Finanz und Diplomatie« hin, um zu betonen, daß er die politisch-diplomatischen Entwicklungen als bekannt voraussetzt und in den Hintergrund treten lassen will, »da sie inzwischen doch sehr weitgehend aufgehellert worden sind« (S. 20). Eine an die inzwischen freigegebenen Akten des Foreign Office erarbeitete diplomatiegeschichtliche Studie über die beiderseitigen Beziehungen könnte immer noch aufschlußreich sein, Bekanntes ergänzen und neue Aspekte hinzufügen. Vansittarts Memorandum von Februar 1936 ist ein Beispiel dafür.

Nun will WENDT »einen Problemkreis« aus dem Gesamtkomplex herausgreifen und näher untersuchen. Dabei ist er sich im klaren darüber, daß er damit nicht »die verbindliche Interpretation« liefern kann (S. 20). Wenige Seiten weiter wird diese Relativierung jedoch wieder aufgehoben, wenn WENDT sich berechtigterweise gegen einen großen Teil der bisherigen Untersuchungen abgrenzt, die zu einseitig unter dem »Primat der Außenpolitik« geschrieben worden sind. Seine »Untersuchung hat es sich zum Ziel gesetzt, am konkreten Fall exemplarisch das starke, wenn nicht sogar entscheidende Gewicht innerpolitischer, insbesondere binnenwirtschaftlicher Faktoren für die Ausgestaltung der Außenbeziehungen eines Staates herauszuarbeiten . . .« (S. 26) Ohne selbst expressis verbis Position zu beziehen, scheint hier WENDT einem Primat der Innenpolitik das Wort zu reden. Wenn dies so ist, dann hätte man sich eine eingehendere Darlegung zu diesem in der Forschung kontroversen Problem gewünscht, denn die hier und dort verstreuten Sätze können nur ein ungenaues Bild vermitteln.

Die flüchtige Bemerkung über die USA in der Einleitung kann der Vielfalt der Meinungen an verantwortlicher Stelle von der Rolle der USA nicht gerecht werden. Denn gerade das für den Weltfrieden entscheidende Verhältnis Großbritanniens zu den Vereinigten Staaten in den zwanziger und dreißiger Jahren bedarf – nach Ansicht des Rezensenten – noch eingehender Untersuchungen. Im Dreieck der Weltmächte Japan, Großbritannien und USA spielten die Vereinigten Staaten, auch nach britischer Einschätzung, eine einflußreiche Rolle. Aber sollten sie auch in Europa an einer Generalbereinigung beteiligt werden? Der Autor stützt sich auf die Ausführungen des britischen Botschafters vom März 1938 und behauptet, daß es seit dem Locarno-Pakt feststand, die USA an künftigen Verhandlungsrunden der europäischen Mächte zu beteiligen (S. 15). Lindseys Argumentation kann aber nicht losgelöst von den wichtigen Vorgängen im Januar und Februar des gleichen Jahres gesehen werden, denn das Zurückweisen der geplanten diplomatischen Initiative Roosevelts führte zu einer Verstimmung nicht nur zwischen den beiden Staaten sondern auch zwischen Chamberlain und seinem Außenminister Eden. Im Text selbst korrigiert sich WENDT, wenn er von Chamberlains Vorstellungen über ein General Settlement und einem möglichen europäischen Wirtschaftsblock »mit deutlicher Spitze« gegen die USA spricht. (S. 526 u. 530) Damit soll nicht geleugnet werden, daß es genügend Versuche gab, die USA stärker für eine Beteiligung in Europa zugewinnen.

Es ist schade, daß die Einleitung nicht gegliedert und damit stärker strukturiert worden ist. So sieht sich WENDT veranlaßt, die gesamte bisherige Forschung über die Appeasement-Problematik zu erwähnen. Dabei muß er in Kauf nehmen, daß sein eigener Ansatz nicht klar genug zum Ausdruck kommt und die Vielfalt der Probleme nur unvollständig angedeutet werden kann.

Der erste Teil der Studie »England und das nationalsozialistische Deutschland 1933/34: Konflikt und Anpassung« umfaßt neun ausführliche Kapitel, deren erstes die deutsch-britischen Wirtschaftsbeziehungen bis an das Jahr 1932 heranzführt. Der Verfasser unterbreitet hier den wirtschaftspolitischen Hintergrund, auf dem sich der starke Trend zum Protektionismus entwickelte. Allerdings scheint es Appeasement oder Economic Appeasement in den zwanziger Jahren nicht gegeben zu haben, denn man sucht vergeblich in dem zahlreichen Material nach einer knappen Erörterung der Problematik. Das hätte sich bei der Erwähnung der Locarno-Verträge angeboten, denn A. Chamberlain feierte die Verträge vor dem Unterhaus als einen großen Sieg der Appeasement Politik: »*We regard Locarno, not as the end of the work of appeasement and reconciliation, but as its beginning.*«⁸ Das Foreign Office pflichtete ihm in einem Memorandum bei und verwies auf ein wichtiges Motiv der britischen Politik: »*Locarno and the unemployed have an intimate connexion*«⁹. Nur ein befriedetes Europa, so heißt es in dem Memorandum, garantiere ein günstiges Klima für den britischen Handel; Kapitalexport und Öffnung der Märkte könnten für einen wirtschaftlichen Aufschwung sorgen.

Sehr deutlich werden die bereits im November 1931 auftauchenden Differenzen zwischen den Ansichten des Foreign Office und dem Schatzamt beschrieben. WENDT zitiert ein Memorandum von November 1931 und kann dadurch die Warnungen der Beamten vor einer Schutzzollpolitik verdeutlichen. Denn eine solche Politik mußte unweigerlich dazu führen, den Handlungsspielraum einer aktiven Außenpolitik einzuengen, indem wichtige Konzessionsmöglichkeiten für eventuelle Verhandlungen mit anderen Staaten entfielen¹⁰. Sicherlich hätte es sich in diesem Zusammenhang auch gelohnt, die in dem Memorandum aufgezeigten Gründe zu erörtern, die Großbritannien zwangen, eine stärkere protek-

⁸ Rede vor dem Unterhaus am 25. November 1925, in: A. Chamberlain, *Peace in Our Time*, London 1928, S. 86.

⁹ Memorandum vom 10. April 1926, *Documents on British Foreign Policy*, Reihe I A, Bd. 1, Anhang 2.

¹⁰ WENDT zitiert dieses Memorandum und bringt gleichzeitig eine rückblickende Beurteilung Ashton-Gwatkins vom März 1938 (S. 60). Da die Bemerkung des Beamten nicht als gesonderter Beleg ausgewiesen werden, darf vermutet werden, daß die Ausführungen in dem Memorandum C 1828/541/18, FO 371/21701 enthalten sind. Das Literaturverzeichnis weist diesen Band dem Jahr 1938 zu. Das Memorandum vom 26. November 1931 W12949/12949/98 hat dem Kabinett als C. P. 301(31), CAB 24/255 vorgelegen. Die Aktennotizen in dem Vorgang W 13444/12949/98, FO 371/15734 zu diesem Memorandum verraten, daß das Schatzamt verlangt hat, dieses Memorandum zurückzuziehen, weil die Warnungen der an der Abfassung Beteiligten nicht mit dem Amt abgesprochen waren. Dieses Memorandum bildet den Ausgangspunkt für M. GILBERTS Kapitel »The Sargent Chain« in seiner Studie »The Roots of Appeasement«, London 1966; S. 126 ff. Vgl. auch MEDLICOTT (wie Anm. 4), S. 3.

tionistische Politik einzuschlagen. Die USA verhinderten durch ihre hohen Zollschränken einen intensiven Handel mit anderen Ländern, bestanden aber gleichzeitig auf der Begleichung der Kriegsschulden durch Devisen. WENDT holt dies später nach (S. 120). Wie der Verfasser in der Einleitung bereits andeutete, konnte Economic Appeasement »eine erneute Liberalisierung des Welthandels und einen Abbau der zwischenstaatlichen Handelsbarrieren« einleiten. (S. 16) Im Zusammenhang mit dem Memorandum und der Reparationspolitik des Schatzamtes wird dieser Gedanke noch einmal aufgegriffen. Für diese »konstruktive wirtschaftliche Konzeption« (S. 62) sollte sich – so WENDT – »dann später der Begriff des »economic appeasement« einbürgern. Als Kronzeugen beruft er sich dabei auf Ashton-Gwatkin, der dieses Memorandum im März 1938 rückblickend beurteilte. Hier werden also alle Maßnahmen, die eine Rückkehr zu den Methoden des Freihandels ins Auge gefaßt hatten, und Economic Appeasement gleichgesetzt¹¹.

In ein völlig mißverständliches Licht gerät in WENDTs Ausführungen der Ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office. Sicherlich hat Vansittart die deutsche Politik und dann speziell die nationalsozialistische Politik häufig kritisiert und in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre vor deren Aggressivität gewarnt. Aber Warnungen und Überlegungen, diese Gefahr durch mögliche Zugeständnisse unter ganz bestimmten Gegenleistungen zu bannen, schließen sich auch bei Vansittart nicht aus. Er war durchaus zu Konzessionen bereit, denn noch im Februar 1936 plädierte er in seinem Memorandum für eine mögliche Rückgabe kolonialen Besitzes an Deutschland. Zweifellos häuften sich später seine Warnungen in einem solchen Maße, daß viele Untergebene die Lust verloren, sich mit seinen Argumenten auseinanderzusetzen. Ein General Settlement war aber durchaus auch Vansittarts Ziel, nur drängte er von Beginn an auf eine starke britische Aufrüstung, um auf alle Fälle vorbereitet zu sein. WENDT übernimmt in seiner Beurteilung »profranzösisch«, »Exponent des antideutschen Flügels«, »extrem anti-appeaser« unbesehen D. AIGNERS stark negative Färbung (S. 61, 161, 316, 325, 456). Kurios ist die Charakterisierung Vansittarts als eines Vertreters der kollektiven Sicherheit (S. 456), war es doch gerade Vansittart, der am Zustandekommen des Hoare-Laval Paktes im Dezember 1935 wohl den größten Anteil hatte¹².

Im zweiten Kapitel »Die neuen Männer in Berlin. Hitler zwischen »moderates« und »extremists« wird ausführlich ein Thema behandelt, das für die politische und wirtschaftliche Diskussion in Großbritannien bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs von höchster Bedeutung sein sollte. Noch im Februar 1939 glaubten britische Wirtschaftskreise, wie WENDT herausgearbeitet hat, die »Gemäßigten« durch einen Appell an die »wirtschaftliche Vernunft« beeinflussen zu können, um die »Radikalen« von den aggressiven Zielen abzubringen (S. 548 f.).

Doch sicherlich ist es zu diesem Zeitpunkt – wenn nicht schon sehr viel früher

¹¹ In diesem Zusammenhang hätte C. Hulls Economic Appeasement Doktrin diskutiert werden müssen, denn sie bestand in einer größeren Wendung zum Freihandel.

¹² Vgl. I. COLVIN (wie Anm. 4), S. 74 (Grandi-Vansittart Plan) und W. N. MEDLICOTT (wie Anm. 4), S. 20 (Laval-Vansittart Pakt).

von entscheidender Bedeutung, inwieweit politische und wirtschaftliche Rezeption des Nationalsozialismus zusammenfallen. Nach dem deutsch-britischen Kohleabkommen vom 13. April 1933 (I. Teil, 4. Kapitel) interpretiert WENDT die sich daran anschließenden Unterhausdebatten vom 1. und 4. Mai 1933 und gelangt zu der Feststellung, daß die Briten den Versuch unternahmen, wirtschaftliche Überlegungen nach ihren eigenen Gesetzen zu beurteilen: »Man wird die Bedeutung dieser Feststellung nicht hoch genug einschätzen können, unterstreicht sie doch ganz deutlich die bereits beobachtete Tendenz britischerseits, Fragen des zwischenstaatlichen Handels und der Finanzen grundsätzlich aus dem politischen Bereich auszuklammern und nach eigenen Gesetzen des ökonomischen Nutzens zu bewerten« (S. 101 f.).

Diese Feststellung berührt nun grundsätzlich die in der Einleitung angeführten Bemerkungen über Appeasement und Economic Appeasement. Wer aber eine Erörterung über die Richtigkeit dieser Trennung erwartet, sieht sich enttäuscht.

Bei der sehr eingehenden chronologischen Diskussion bis zum Abschluß des Handels- und Zahlungsabkommens vom 1. November 1934 (I. Teil, 9. Kapitel)¹³, hätte man sich eine zusammenhängendere Erörterung aller Faktoren gewünscht, die dafür verantwortlich waren, daß sich Großbritannien von einer multilateralen Ebene fortbewegte und sich dem Prinzip nationalsozialistischer Politik, dem Bilateralismus, zuwandte. Wenn WENDT in seinem 5. Kapitel »Das Scheitern der wirtschaftlichen Abrüstung« die bedeutende Rolle der USA bei der erfolglosen Weltwirtschaftskonferenz 1933 treffend in den Mittelpunkt stellt, so hätte für das Jahr 1934 das endgültige Scheitern der »militärischen Abrüstung« stärker in Betracht gezogen werden müssen, um den britischen Wandel und die Abkehr aus der Front der Gläubiger plausibler erscheinen zu lassen¹⁴. Bei der verschiedentlich von deutscher Seite gezeigten konzilienten Haltung (S. 273), die es nicht zu einem völligen Zusammenbruch der gegenseitigen Beziehungen kommen lassen wollte, scheinen doch wohl nicht ausschließlich wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend gewesen zu sein. Wäre es nicht möglich, daß diese Haltung auch etwas mit Hitlers Werben um England zu tun hatte?

Im zweiten Teil »England und das nationalsozialistische Deutschland 1935/37: Zwischen Hoffnung und Sorge« behandelt der Autor nun zum erstenmal auch in einem Untergliederungspunkt »Richtungskämpfe im Foreign Office um das »Economic Appeasement« sein zentrales Thema. Die ausführliche Darlegung der Memoranden über eventuelle Sanktionen gegen Deutschland zeigen, warum sich Großbritannien im März 1936 gegen ein Eingreifen ausspricht und die seit

¹³ Die Memoiren des Chief Economic Adviser Sir F. Leith-Ross, der die entscheidenden Verhandlungen mit Deutschland 1934 und 1938 führte, fehlen im Literaturverzeichnis. F. Leith-Ross, *Money Talks*, London 1968.

¹⁴ Vielleicht wäre es nach dem ersten Teil angebracht gewesen, auf eine Wertung des Economic Appeasement einzugehen. Ohne sich M. GILBERT (wie Anm. 10) in seinem Verständnis anschließen zu wollen, scheinen seine Behauptungen doch nennenswert. Die wirtschaftlichen Vereinbarungen 1933 und 1934 nennt er »marginal adjustments« (S. 153) und für die Zeit bis 1936 sah er kaum Fortschritte (»Little progress in economic appeasement was made between 1933 and 1936« S. 152).

November 1935 erneut zur Diskussion gestellten Maßnahmen für ein Agreement weiterverfolgt¹⁵. Im Mittelpunkt stehen dabei verschiedene Memoranden der »Economic Section« des Foreign Office unter der Leitung von F. Ashton-Gwatkin (S. 320 f.). Im Unklaren bleibt dabei, warum das Foreign Office im Jahr 1935 eine eigene Abteilung – nämlich die »Economic Section« – bekam, denn mit dem Schatzamt, dem Handelsministerium und dem Department of Overseas Trade gab es doch schon genügend Institutionen, die sich mit den Verbindungen zu Deutschland befaßten. Fühlte sich das Foreign Office durch die stärker protektionistisch orientierten Ministerien übergangen?

Hier – so scheint es dem Rezensenten – wird zum erstenmal deutlich, was nun genauer unter Economic Appeasement verstanden wurde, denn die vorgenommene Unterteilung der Appeasement Politik in die Bestandteile »political«, »economic« und »colonial« vermittelt doch erst den eigentlichen Stellenwert der einzelnen Komponenten. Eindeutig waren unter Economic Appeasement »Konzessionen an Deutschland auf Kosten britischer Interessen« zu verstehen, wie WENDT unter Berufung auf Ashton-Gwatkin berichtet. (S. 324) Daß hier ein quantitativer Umsprung stattfand, beweist die Argumentation des Handelsministers Runciman, der sich gegen ein »Danegeld« aussprach¹⁶. Die Diskussion im Foreign Office und im Kabinett kann aber nur im Zusammenhang mit einer forcierten Aufrüstungskampagne gesehen werden: »Will the British public be satisfied with rearmament alone? Will they not say »Your action in this sphere may be indispensable, but why do you not accompany it with some effort to come to terms with Germany . . .«¹⁷ Der Außenminister versprach sich durch eine eventuelle deutsche Weigerung, ein zusätzliches Argument für die britische Aufrüstung zu gewinnen.

Im dritten Teil »England und das nationalsozialistische Deutschland 1938/39: Um die Erhaltung des Friedens« geht WENDT ausführlich auf die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Erwägungen ein, die N. Chamberlains Versuche, mit Deutschland zu einem General Settlement zu kommen, begleiteten. Wenn auch die Belastungen der britischen Industrie durch eine gesteigerte Rüstung durchaus

¹⁵ Vgl. dazu MEDLICOTT (wie Anm. 4), S. 19 ff.

¹⁶ Die Überlegungen, die Eden in dem Vorwort zur Diskussion stellte (wie Anm. 4), lauteten: »The problem has many facets: Colonial, economic, financial, political and geographic: Are we prepared for instance, to recognise that Germany has special trading advantages in certain areas e. g., the Danube Basin? Are we prepared to surrender our most-favoured-nation rights in order that this may be brought about? Are we prepared in certain circumstances to consider a guaranteed loan to Germany? Are we prepared to consider the return to Germany, under Mandate or otherwise, of even one of the colonies taken from her during the war? Are we prepared, more particularly, if the German Government devalue the mark, to resist the probable pressure from interested parties in this country demanding further exclusion of German goods from the British market? Are we prepared to consider with France and Belgium the abandonment of the demilitarised zone? Are we prepared in fact, to approach with proposals to collaborate so far as possible in a new period of European tranquility and economic reconstruction, instead of as hitherto waiting in anxiety for her »claims« and »reputations«?

¹⁷ Ebda.

in Rechnung gestellt werden, so vermißt man doch eine eingehende Auseinandersetzung mit dem von den Verteidigern Chamberlains ins Feld geführten Argument des »gaining time«. Inwieweit sah sich der Premierminister gedrängt, immer wieder den Ausgleich mit Deutschland anzustreben, um Zeit für die Aufrüstung zu gewinnen? Von den »Thirty-Niners«, von der Gruppe also, die darauf hinausarbeitete, 1939 für einen Krieg mit Deutschland gewappnet zu sein, erfährt man nichts.

Die Schlußbetrachtung faßt WENDT mit den Jahreszahlen »1914–1939–1967« zusammen. Der Rezensent hat sich vergeblich bemüht, den Haupttitel der Studie »Economic Appeasement« noch einmal in diesem Schlußteil erwähnt zu finden. Folglich darf daher angenommen werden, daß der Verfasser unausgesprochen »Economic Appeasement« und »Appeasement« gleichsetzt, eine Unsicherheit und fehlende terminologische Schärfe, die sich schon in der Einleitung bemerkbar machte. Wenn also unter dem Gesamtkonzept Appeasement die eingangs zitierte Formulierung S. Hoares verstanden werden soll und sich WENDT zur Aufgabe gestellt hat, dieser defensiven Globalstrategie einer Großmacht nachzuspüren, dann ist es unerlässlich, bis in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zurückzugehen. Eben dies soll im Schlußteil der Arbeit geleistet werden, obwohl in der Einleitung und in der Durchführung diese Gesamtproblematik, nämlich die Notwendigkeit sozialer und wirtschaftlicher Reformen vor dem Hintergrund einer permanenten Strukturkrise der britischen Wirtschaft nur gelegentlich angesprochen wird. Eine Gesellschaft, die im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich Reformen durchzuführen hat, um ihren Lebensstandard zu halten und zu verbessern und den Herausforderungen anderer Mächte gewachsen zu sein, muß bei begrenztem Potential an einem friedlichen Verlauf der Weltpolitik interessiert sein und hat in ihrer Außenpolitik alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Krisen und Konflikte zu vermeiden. Dies betont WENDT auf S. 311, wenn er von den Reformmaßnahmen Lloyd Georges spricht, um es im Schlußteil (S. 620 ff.) noch einmal besonders hervorzuheben. Auch wenn der Leser geneigt ist, diese Gesamtstrategie Appeasement von vor 1914 bis 1939 zu akzeptieren, so schleichen sich doch bei der Weiterverfolgung der Strukturkrise der britischen Wirtschaft mit ihrer permanenten Bilanz- und Währungsschwierigkeit bis in das Jahr 1967 leise Zweifel ein. Oder man hat sich die Frage zu stellen, inwieweit die Aufgabe der Postionen »östlich von Suez« und die Politik der Dekolonisation auch Appeasement Politik war und ist.

WENDTs Verdienst bleibt es, die umfangreichen Akten des britischen Schatzamtes und des Handelsministeriums zum erstenmal aufgeschlüsselt und der Forschung zugänglich gemacht zu haben. Seine Ausführungen, die zu sehr einer wirtschaftlichen Ereignisgeschichte verhaftet bleiben und daher dem großen Rahmen, wie er teilweise in der Einleitung und im Schlußteil angesprochen wird, nicht ganz gerecht werden können, bleiben eine Fundgrube für die weitere Forschung.

Eckhard Most, Mannheim